

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Verlag und Redaktion: Leipzig, Windmühlenstraße 14/16.  
Anzeigen- und Abonnementsannahme für Leipzig:  
Neudorf, Stötteritzer Straße 4.

Begründer von  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementpreis monatlich 1.50 RM.  
Einzelpreis: die 7 gehaltene Monopartie-Zeile 75 Pf.  
Kleine Anzeigen Nebenzeilzeile 30 Pf., jede weitere Zeile 15 Pf.

## Die kommunistische Internationale.

### Vom Kampf in Bayern.

#### Nürnberg Räterepublik?

II. Nürnberg, 25. April. Im Verlaufe einer Gewerkschaftsversammlung machte ein Redner die Mitzierung, daß für Anfang Mai in Nürnberg die Ausrufung der Räterepublik zu erwarten sei. Ein anderer Redner teilte mit, daß die Siedlungsarbeiter schon für heute aktionsbereit wären. Die Versammlung wußte sich aber noch ein bis zwei Tage gedulden. Ein Antrag auf sofortige Demonstration vor dem Generalstabskommando und dem Rathaus wurde abgelehnt.

II. Nürnberg, 25. April. Der S. L. wird mitgeteilt: In einer von der U. S. V. einberufenen Massenversammlung gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der es heißt: „Die Versammlung protestiert gegen die ungerechte Verhängung des Belagerungszustandes in Nürnberg. Sie fordert dessen sofortige Aufhebung, der als unerhörte Provokation des arbeitenden Proletariats zu betrachten ist. Die Versammlung nimmt mit Entschluß Kenntnis davon, daß preußische Truppen verwendet werden, um die bürgerlichen Brüder niederzuschlagen. Sie fordert daher unverzüglich deren Entfernung und Einstellung des Brudermordes. Die gesamte Nürnberger Arbeiterschaft wird im Interesse der Allgemeinheit aufgerufen, ihre ganze Kraft einzuspannen, bis das Ziel erreicht wird.“

Berlin, 25. April. (W. T.-B.) Nach dem Tagesschlag richtet sich das Nürnberger Generalstabskommando auf eine hartnäckige Verhöhnung ein. In Gerolsberg, einem hochgelegenen Vorort, wurde eine Reihe leichter Geschütze eingesetzt. Und den südbayerischen Garnisonen sind Truppen eingetroffen. Schäßburg-Truppen liegen nicht in der Stadt.

#### Knebelung der Presse.

II. Stuttgart, 25. April. Die Regierung hat alle Wehrmaßnahmen gegen den geplanten Generalstreik wegen der Entsendung württembergischer Truppen nach Bayern getroffen und ist zur äußeren Energie entschlossen. Die Deputation der Sozialisten und das Organ der Unabhängigen wurden von der Regierung geschlossen.

#### Sensationsmeldungen.

Berlin, 25. April. (W. T.-B.) Der Bamberg-Bericht erstaunt des „B. T.“: Ein aus München entkommenes demokratisches Politiker erzählt, daß Graf von der Mörder Eisner, von sozialistischen Soldaten aus der Klinik schleppen und umgedreht worden sei. Der bei dem Attentat im Landtagssitz gebliebene Minister Auer, der wieder geboren kann, hat daraufhin die Klinik verlassen, da sein Leben ebenfalls bedroht war. Der frühere Kriegsminister des Ministeriums Eisner, Robbaudter, ist aus München geflohen und in Bamberg eingetroffen. Zahlreiche Bewohner des vornehmen Barriärviertels in München sind von Patrouillen der Roten Armee, die von Haus zu Haus sogen, verhaftet worden. Andere Verhaftete haben sich durch Geldbeträge loskaufen können.

#### Die angebliche Lage in München.

Berlin, 26. April. (W. T.-B.) (Morgendallermeldungen.) Über die Lage in München meldet der „Totalanzeiger“: Die Haussuchungen, die als Vorwand für Plündерungen und Entnahmen dienen, denen an Offiziere, die sich von den Parteien anwerben lassen, bekommen 1500 Mark Handgeld und ein Monatsgehalt von 3000 Mark. Unteroffiziere ein Handgeld von 3000 Mark und 1000 Mark Monatsgehalt. Es wird befürchtet, daß am 1. Mai in München der Anschluß an die Räterepublik München proklamiert wird.

#### Sperrung der Schweizer Grenze.

II. Zürich, 25. April. Die schweizerische Regierung hat längs der ganzen Bodenseegrenze gegen Bayern zuverteidigungsmaßnahmen getroffen.

#### Verhöhnung der Maifelder.

St.-R. Dresden, 25. April. (W. T.-B.) Der 1. Mai soll ein Feiertag für das sächsische Volk sein. Der bestehende Belagerungszustand zwinge aber für dieses Jahr zu gewissen Einschränkungen der Möglichkeiten, wie der Tag gefeiert werden könnte; denn es muß verhindert werden, daß die Würde dieses Tages von politischen Phantasten und von Betrütern zu terroristischen Aktionen und Putschversuchen missbraucht wird. Es sind daher für diesen Tag keine Versammlungen unter freiem Himmel und alle öffentlichen Auf- und Umzüge verboten. Dagegen ist an die zuständigen Behörden die bestimmte Anweisung ergangen, keinerlei Hindernisse zu bereiten, wenn jüd. die Maifelder am 1. Mai in Gartensälen gesellig vereinigen oder in geschlossenen Räumen Feiern veranstalten. Sofern bei diesen Feiern Anstrengungen getrieben werden, so muß freilich nach den Bestimmungen des Belagerungszustandes auch für eine solche Feierveranstaltung die zuständige Gemeindeamtswärter vorliegen.

#### Übertritt zu den Kommunisten.

Greiz, 24. April. (W.C.B.) Die unabhängigen Sozialdemokraten, die in Reih & L. die Regierungswelt in der Hand haben, beschlossen nach starkem Widerstand, sich den Kommunisten anzuschließen.

#### Belagerungszustand – erbetteln.

Berlin, 25. April. (W. T.-B.) Wie die Abendschreiber von zuständiger Stelle erfahren, soll die Verhängung des Belagerungszustandes über Sachsen von Reichs wegen auf Wunsch der jüdischen Regierung erfolgt sein.

#### Wirkung des Bergarbeiterstreiks.

Hamburg, 25. April. (W. T.-B.) Wegen Kohlemangels mussten in Hamburg-Altona und Cuxhaven etwa 30 Gründampfer auflegen.

#### Angekündigte Betriebschließung.

Berlin, 25. April. (W. T.-B.) Der „Vossischen Zeitung“ steht aus Katowitz die Nachricht zu, daß die Generaldirektion der König- und Laurabüro den Arbeiter- und Beamten-Ausschüssen mitgeteilt habe, sie sollten die Schließung des Betriebs bis zum 30. April vorbereiten.

#### Die Preisfrage.

Offen, 25. April. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenbündnis beruft für den 28. April eine „Gewerbeleiterversammlung“ ein, auf deren Tagesordnung unter anderem die Preisfrage, die Festsetzung der Beteiligungsanteile in Kohlen, Röls und Bleierts und der Konkurs der Gewerkschaft „Glückauf“ und der Bochumer Bergwerks-Altingsgesellschaft steht.

#### Fiume und Danzig – international.

Amsterdam, 25. April. (W. T.-B.) Die „Times“ meint aus New York, daß das amerikanische Publikum Wilson seiner Begeisterung, die italienischen Ansprüche auf Fiume zu unterstützen, beipflichtet. Man ist der Ansicht, daß die Erfüllung der Forderungen den Grund zu einem neuen Kriege legen würde und glaubt, daß die beste Lösung die sein würde, Fiume ebenso wie Danzig zu internationalisieren.

#### Italiens Bohrmollen.

Paris, 25. April. (W. T.-B.) Zu der plötzlichen Übereile Orlandos erklärt Havas: Es muß bekannt werden, daß es sich nicht um einen Bruch handelt, sondern nur um eine Unterbrechung der italienischen Mitarbeit bei den Arbeiten der Friedenskonferenz. Orlando hat die auf den 6. Mai festgesetzte Einberufung der italienischen Abgeordneten auf einen früheren Zeitpunkt verschoben. Es wäre möglich, daß Orlando bis zur Eröffnung der Verhandlungen mit den deutschen Vertretern, die nicht vor dem 1. oder 2. Mai beginnen würden, in Paris zurück sein wird. Bis zu seiner Rückkehr wird die italienische Delegation weiter an den Arbeiten der Konferenz noch Kommissionen teilnehmen. Italien wird aber weiter teilnehmen an den Arbeiten aller interalliierten Kommissionen, die nicht von der Konferenz abhängig sind.

#### Ungarische Truppen ziehen mit Erfolg vor

Budapest, 25. April. (W. T.-B.) Die ungarischen Truppen haben am 24. April im Bogenangriff gegen rumänische Truppen Erfolgszüge zu verzeichnen.

#### Ein königlicher Erfolg.

Madrid, 25. April. (W. T.-B.) Ein königlicher Erfolg erzielte die Telegraphenbeamten, die den Dienst heute noch nicht wieder aufgenommen haben, als entlassen. Einige Leitungen arbeiten wieder.

#### Hafenarbeiterstreik in Buenos Aires.

Buenos Aires, 25. April. Die „Times“ schreibt: In Buenos Aires ist ein Teilstreik der Hafenarbeiter und Bananengeschäftleuten ausgebrochen.

#### Bolschewistentötter Grumbach.

Bern, 25. April. (W. T.-B.) In der letzten Sitzung des Pariser Sozialistenkongresses machte Grumbach namens der elsässisch-lothringischen Sozialisten Vorbehalte zum allgemeinen Ultionsprogramm der Partei. Die Verurteilung des Bolschewismus durch die französischen Sozialisten müsse kräftiger ausgedrückt werden. Weitere Verurteilungen Grumbachs verursachten ziemlich leidens der Elsässer, die Grumbach verhinderten weiterzusprechen, worauf dieser endlich seinen Platz verließ und in den Saal hineintrat, er werde seinen elsässisch-lothringischen Freunden erzählen, wie er als Vertreter der elsässisch-lothringischen Sozialisten empfangen worden sei.

#### Die Begründung der dritten kommunistischen Internationale in Moskau.

(2. bis 6. März 1919).

Erst erst ist es uns möglich, den Genossen einen Bericht über den Moskauer internationalen kommunistischen Kongreß vorzulegen, durch den die 3., die kommunistische Internationale begründet wurde. Der Bericht lautet:

Die dritte kommunistische Internationale wurde in Moskau am 1. März 1919 durch den Genossen Lenin im Kreml eröffnet. Als Vorsitzender wurde der Genosse Lenin gewählt. Der lange Saal, in dem die Tagung stattfand, war mit zahlreichen Inschriften in den verschiedensten Sprachen: „Hoch die dritte Internationale“ und den Bildtafeln der großen Führer in der Weltrevolution geschmückt. Eine Wand war den Opfern im proletarischen Befreiungskampfe gewidmet: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, sowie den Russen Wolodarski und Ulrikow.

Ein Blick auf die Teilnehmer zeigte, daß man es hier mit einer internationalen Konferenz zu tun hatte, man sah hier das schwarzgeprägte Gesicht des Nordlanders neben dem schwärzäugigen Südländer, und auch die mosollischen Rasse war vertreten.

Die Tagesordnung, die in der Tagung vom 2. März angenommen wurde, lautete:

1. Konstituierung.
- 2. Entgegennahme der Berichte.
- 3. Richtlinien der internationalen Kommunisten-Konferenz.
- 4. Bürgerliche Demokratie oder proletarische Diktatur.
- 5. Wahl des Büros und Verschiedenes.
- 6. Bemerkungen und die Sichtung zu den sozialistischen Strömungen.
- 7. Die internationale Lage und die Politik der Entente.
- 8. Manifest.
- 9. Weißer Terror.

Es war von vornherein zu erwarten, daß die Genossen, die in Moskau zusammengekommen waren, auf dem Boden eines neuen Zusammenschlusses des Proletariats in Gestalt einer dritten Internationale stehen würden. Als die Frage, ob die gegenwärtige Versammlung als die Konferenz der dritten Internationale zu proklamieren sei, vorgelegt wurde, ward nur eine einzige Stimme dagegen laut, und zwar äußerte der Vertreter des Spartakusbundes Zweifel, ob die Zeit zur Bildung der dritten Internationale schon gekommen sei; er wies auf das warnende Beispiel von Zimmerwald und Aliental hin. Anstatt der Enttäuschung ergab sich dort ein Bild des Zerfalls, der zum Zusammenbruch der Organisation führte.

Die Meinung des deutschen Genossen ging dahin, daß das Zuständigkommunisten der gelben Berner Internationale noch keinen Grund bilden, eine kommunistische Internationale zu konstituieren. Erst auf das Proletariat aller Länder gestützt, könne sich diese letztere als lebensfähig erweisen. Als jedoch bei der Abstimmung einstimmig (gegen eine Stimmenthaltung) beschlossen wurde, die gegenwärtige Konferenz der dritten Internationale anzuerkennen, konnte auch der deutsche Genosse nicht umhin, sie zu begrüßen und im Namen des deutschen revolutionären Proletariats sie ihr anzuschließen.

In einer Reihe von Berichten bildeten die Delegierten der einzelnen Länder die politische Situation und den Stand der revolutionären proletarischen Bewegung ihrer Länder. Der Abgeordnete des Spartakusbundes beschrieb die trübselige wirtschaftliche Lage Deutschlands, und sprach davon, wie die Kommunisten Deutschlands im Kampf mit ihrer Regierung Ebert-Scheidemann zur Überzeugung gelangen, daß ihr Sieg sicher ist. Der Vertreter Österreichs erzählte, aus wie kleinen Anfängen die kommunistische Partei Österreichs, die am 9. Februar ihre erste Reichskonferenz in Wien abgehalten hat, sich zu einer mächtigen Kampforganisation entwickelte. Die Partei gibt in Wien eine dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung „Die soziale Revolution“ und eine Reihe von Blättern heraus. Der Vertreter der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei wies u. a. auf die Rolle hin, die die russischen Revolutionäre für die Entwicklung des revolutionären Bewußtseins der Schweizer Arbeiterschaft gespielt haben. VertreterInnen einer Reihe deiner Länder zeigten,

dass auch das Proletariat ihrer Länder bereits in den revolutionären Kampf getreten ist und der Weltrevolution zum endgültigen Sieg vorheisen werde. Von französischer Seite wurden zwei wichtige Dokumente verlesen:

1. Ein Brief von Léon Blum, indem er die Genossen, die nicht zur Berner Konferenz kommen wollten, aufruft, zur dritten Internationale zusammenzutreffen. Er empfiehlt der Internationale die Taktik, die die französische Sektion stets vertritt: Die Mehrheitssozialisten zu bekämpfen und ihnen die Leitung der Internationale zu entziehen.

2. Die Rede Loriot's auf der Berner Konferenz. Darin kennzeichnet er diese Konferenz als Versuch, im Namen der Internationale den Sozialismus aller Länder zu sanktionieren, den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu rechtfertigen, die anwachenden revolutionären Bewegungen der europäischen Länder zu diskreditieren und der russischen proletarischen Revolution einen Tadel auszusprechen. Jedoch, meint Loriot, nicht die Augen des Weltproletariats sind auf die Berner Konferenz gerichtet, sondern einzig und allein die der kapitalistischen Machthaber. Im Namen der wahrhaften Sozialisten mit revolutionären Vergangenheit begrüßt Loriot die russische Revolution und brandmarkt die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, sowie die pseudo-sozialistischen Regierungen.

Um die Fülle des Materials zu bewältigen, arbeitete eine Kommission, die aus der Mitte der Konferenz gewählt wurde, eine Reihe von wichtigen Dokumenten und Resolutionen aus, die dann der Konferenz zur Diskussion vorgelegt wurden. Wenn alle Beschlüsse dabei so ohne Diskussion und einstimmig angenommen werden, so kann diese Eintracht in der Auffassung als Siegel der Solidität in der Aktion der dritten kommunistischen Internationale dienen. — Im Unterschied zu den offiziunfähigen zweiten Internationale, deren Kongresse stets von den stärksten prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten zerissen waren.

Die Richtlinien der internationalen Kommunistischen Konferenz entwerfen das Programm der kommenden Aktion. Nachdem darin die Marche der heutigen Produktionsweise und die widerprüchsvolle soziale Struktur der heutigen Gesellschaft gebildet wird, wird gezeigt, dass der imperialistische Krieg sich in den Bürgerkrieg verwandeln musste. Mit dem Zusammenbruch des imperialistischen Systems wurde die neue Epoche geboren: die Epoche der kommunistischen Revolution des Proletariats. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat bedeutet die Vernichtung der bürgerlichen Staatsmaschinerie und Schaffung eines neuen Verwaltungsausschusses in Form des Rätesystems. Erst nachdem das Proletariat den Widerstand der Bourgeoisie gebrochen hat, kann es seine politischen Gegner (unter Konservativen) zur Arbeit am kommunistischen Aufbau heranziehen. Demokratie und Diktatur schließen einander ans. Diese sogenannte Demokratie ist in Wirklichkeit eine Diktatur der Bourgeoisie. Der „Vollziville“ existiert in Wirklichkeit ebenfalls, wie das sogenannte Volk als Einheit. Das Rätesystem fordert: Enteignung der Bourgeoisie und Sozialisierung der Produktion. Dabei soll der Kleinbürgertum nicht expropriert werden und die Besitzenden, die keine Lohnarbeit ausüben, sollen leichten Gewaltmaßregeln ausgesetzt werden. Der Handel soll allmählich einer richtigen Verteilung der Produkte von Staatswegen Platz machen. Dabei soll die Rätemacht immer mehr zentralisiert und immer breitere Volkschichten zur Mitarbeit herangezogen werden. Der Weg zum Sieg fordert sowohl einen absoluten Bruch mit allen offenen und verschleierten Gegnern des Kapitals, wie eine Einigung mit all denjenigen Elementen der revolutionären Arbeiterbewegung, die — obwohl sie früher der sozialistischen Partei nicht angehörten — jetzt im großen und ganzen auf dem Boden der proletarischen Diktatur in der Form der Rätemacht stehen, z. B. mit den entsprechenden Elementen des Syndikalismus. Die Internationale wird die gegenseitige Hilfe des Proletariats der verschiedenen Länder verlängern, um den Zusammenbruch des imperialistischen Weltsystems zu fördern.

Die zur Frage: „Bürgerliche Demokratie oder proletarische Diktatur“ verlegten Thesen von Genossen Lenin enthalten eine eingehende Analyse dieser Begriffe. Die Thesen zur Berner Konferenz formulierten die drei Strömungen, die aus dem Schatz der zweiten Internationale entstanden sind:

1. Die Mehrheit oder jene Sozialpatrioten, die den Imperialismus ihrer Länder in Form der „Vaterlandverteidigung“ gefürchtet haben;

2. das „Zentrum“, zu dem auch die Sozialdemokraten, die Konservativen und die Unabhängigen Deutschen zu zählen sind, und

3. die Kommunisten.

Diese letzten, Staatsaussturz in Deutschland, Zuflucht in Russland, die Truppen in Holland, die Gruppe der Jungen in Schweden, der linke Teil des Jugendinternationale in einer Reihe von Ländern bilden den Grundstein der neuen Arbeiterinternationale. Die erste Periode der dritten kommunistischen Internationale war durch die „Zimmerwald Linie“ von 1915 gegeben. Außer den zahlreichen Parteien und Gruppen, die sich bereits unter den Bannen der dritten kommunistischen Internationale gestellt haben, haben auch alle übrigen Arbeiterorganisationen, die die dargelegten Grundlinien akzeptieren und durch ihr Werk bekräftigt haben, dass sie zur dritten Internationale gehören, das Recht, in die kommunistische Internationale einzutreten, — unabhängig davon, welche Führung sie früher gehörten.

Gewissensegen als Ergänzung zu diesen Thesen dient die Resolution, die die Konferenz in bezug auf Zimmerwald aufnahm. Darin wird erklärt: Da die Jim-

merwalder und Kientaler Konferenzen sich sowohl ihrer Bestimmung wie auch ihrer Zusammensetzung nach überlegen haben, so ist der Zusammenschluss auf dem Boden von Zimmerwald als liquidiert zu betrachten. Das Büro der Zimmerwalder Konferenz soll aufgefordert werden, alle ihm zur Verfügung stehenden Dokumente dem Vollzugsausschuss der neu gegründeten dritten kommunistischen Internationale zu übergeben.

Die Behandlung der internationalen Lage und der Politik der Entente wurde in einer Reihe von Thesen durch den Genossen Ossinski (Obolenski) niedergelegt.

Genosse Trotski verließ das Manifest der kommunistischen Internationale an die Proletarier aller Länder, dessen Schlusssatz den Höhepunkt der ganzen Konferenz bildeten. Der Vertreter der finnändischen Kommunisten liest die Resolution über den „weißen Terror“ vor, und, nachdem sie angenommen wird, eilen die Konferenzteilnehmer durch Aufstellen von ihren Plätzen die zahlreichen Opfer dieses Terrors.

Kapitän Sadoul liest im Namen der französischen Kommunisten eine Erklärung vor, in der auf die Verluste der Entente, sowie Deutschlands hingewiesen wird, die russische Revolution zu erblassen. Von der hohen Treppe der dritten Internationale herab ruft der Redner die Arbeiter aller Länder auf, das Banner der russischen Revolution hochzuhalten und es gegen die Räuber des Weltimperialismus zu schwingen.

Nachdem die angenommenen Resolutionen verlesen werden und einiges Geschäftliche erledigt ist, weist Genosse Lenin im kurzen Schlusswort auf die Bedeutung und den Wert der Konferenz hin, und die Tagung wird am 6. März geschlossen.

Am Abend desselben Tages wurden die Teilnehmer der dritten Internationale vom Proletariat Moskaus — dem Allrussischen Zentralkomitee, den Moskauer Sowjets und den Gewerkschaften — gesiegt. Das große Theater, wo sich früher nur die Elite der bürgerlichen Gesellschaft zusammenfand, ist überschwänglich besetzt vom tausendstimmigen Gefang der Internationale, leitet die Feier ein. Der Abend wird vom Genossen Kammerer eröffnet und das erste Wort gehört dem Vorsitzenden der Konferenz, Genossen Lenin. Das Moskauer Proletariat begrüßt den gesiechten Kaiser mit den Rufen: „Hoch Lenin!“ „Es lebe Lenin!“ — Lenin schlägt seine Augen zusammen mit den Worten: Die Umwesenden haben die Gründung der Räterepublik miterlebt, sie erleben jetzt die Gründung der ersten kommunistischen Internationale und sie alle sollen noch die Gründung der sozialen Weltrepublik erleben! — Darauf sprechen die ausländischen Delegierten, deren Reden bis Russisch übertragen werden, sowie die russischen Genossen. Sie alle werden von den Anwesenden lärmisch begrüßt. Eine besondere Freude wurde den Konferenzteilnehmern dadurch bereitet, dass der französische Kommunist, Henry Guillaux, der Dichter und Kämpfer, der monatelang in den Gefangenissen der „freien“ Schweiz festgehalten war, tatsächlich noch am letzten Tage der Konferenz in Moskau eintreffen und im Namen der französischen Kommunisten sprechen konnte.

Am folgenden Tag fand zu Ehren der dritten Internationale eine Parade der roten Armee auf dem sogenannten roten Platz statt. Mit Musik und zärtlichen internationalem und revolutionären Bannern marschierte ein Teil der Moskauer Garde an den Mauern des Kreml vor den fremden Gästen und dem „Roten General“, dem Genossen Trotski vorbei.

Die grauen, wohlgeplanierten und gutausgerüsteten Kolonnen boten ein Bild, das keinesgleichen keine Vorgänger in der Geschichte hat: Die Armee des internationalen Proletariats! Nicht zur Verteidigung ihrer nationalen Sonderinteressen sind diese Männer bewaffnet, sondern zum gemeinsamen Schutz der internationalen Interessen der Arbeiterklasse, zum endgültigen Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung des freien kommunistischen Ausbaues!

## Politische Übersicht.

### Unabhängige Zweideutigkeit.

Im „Vorwärts“ veröffentlicht ein Freiherr „Schand von Schweinsberg“ — im Inseratenteil — einen Mahnsatz in letzter Stunde, in dem er dem Roste klar zu machen sucht, dass auf die Saalbehörden auf die Dauer kein Verlaß sei.

Widrig blind eugebene Truppen, bemerkte Schand von Schweinsberg, besitzen nur noch das Gardesavallierieschützenkorps in seinen Reihen, diese mit den Truppenresten aus dem Kriere zu vergleichen, hieße sich selbst betrügen wollen. Daher befinden sich in Preußen und einzelnen Bundesstaaten noch Truppen, die aber nicht den Anspruch auf absolute zuverlässige Kerntruppen machen können und schon vielfach durch Einstellung von Freiwilligen angeträumt sein sollen. Sich auf die Freiwilligenverbände verlassen, wäre auch Selbstläusfung. Die meisten Leute laufen zu und bleiben, weil sie Geld und Nahrung erhalten und der Dienst sie nicht drückt . . .

Schand von Schweinsberg macht daher in letzter Stunde die Scheidemannregierung, um dem Kommunismus, der unverfälschten Rätediktatur, zu weichen, die berühmte „Verteidigung der Rote“, d. h. die Unterordnung der Arbeiterklasse als zweite Kammer unter die Parlamente einzuführen und sich mit den Unabhängigen zu einer rein sozialistischen Regierung zu einigen.

Das Stichwort der „sozialistischen Einigung“ und der „reine sozialistischen Regierung“ ruft die unabhängige „Freiheit“ auf den Plan.

Das Bezeichnende dabei ist, dass die „Freiheit“ in aller Seelenruhe den Scheidemannern auseinanderseilt, dass einer solchen „reinen sozialistischen Regierung“ die Nationalversammlung sich fügen müsste, und dass „eine energische, zielflare, sozialistische Politik (dieselbe wohl, die das Kabinett Ebert-Haase trieb) in kurzer Zeit auch noch die fehlende Wählerzahl erringen würde“.

Auf dem sogenannten zweiten Rätesommet haben die Unabhängigen erklärt, sie stünden „auf dem Boden des Rätesomets“.

Das Zentralorgan der Unabhängigen ist bereit, sich auf dem Boden der Nationalversammlung mit einer Rätesvertretung — diesem Betrug, dem die Unabhängigen gratulation zw. auf dem Kongress zugestimmt, aber gegen den sie nachher einenflammenden Aufruf erlassen hat. — Sich auf diesem Boden mit den Scheidemannern zu „einigen“.

So lange die sogenannten „Lents-Unabhängigen“ diese Zweideutigkeit dulden und deuten, tragen sie die volle Verantwortung dafür.

### Dies „überholt Gerechtigkeitsgefühl“.

Einer der Instruktionen der Scheidemannregierung an ihre Freiheitliche sind folgende Verhütungen übernommen, die schamlos und grotesk zugleich sind:

Über die Pläne der Sozialisten sind beunruhigende Meldungen bekannt, wonach in wenigen Tagen eine Wiederholung der Putsch sich vollziehen soll. Ihre Pflicht ist diesmal ohne lange Vorbereitung plötzlich vorzugehen. Nach Gerüchten sollen die Regierungstruppen nicht ganz sicher sein. In den intellectuellen Kreisen (Dichter, Maler) in einer falschen Neigung zu partikulären Strebungen. Namentlich die jungen Leute sind geneigt, sich an die Spise der Bewegung zu stellen.

Von mächtigem Einfluss auf die Rätesvertretung ist der „Rätes- und Arbeiter-Schulungsverein“ mit der Räteschule: „Wir (die Regierung) sind auf das Genauste unterrichtet, haben gute Überwachung und wissen, was in den geheimen Zusammenkünften vor sich geht. Wir sind auf alle Eventualitäten vorbereitet. Jeder Versuch wird mit rücksichtsloser Härte niedergeschlagen.“ Seitens der Regierungstruppen sind Übergriffe vorgenommen, die ihnen von der Presse und von der Bevölkerung selbst überbeladen werden, diese Stimmung ist sehr bedauerlich. Alles, was auch vorgekommen kommt, darf nicht den Regierungstruppen zugestanden werden. Aus übertriebener Furcht werden die Akteure von uns nur neuen Mut schöpfen. Deswegen muss man unter gewissen Umständen „angreifen“. Eine ausgesetzte Gerechtigkeit ist unter Umständen ein Verbrechen. Aus diesem Grunde sind die dargestellten partikulären Elemente die schlimmsten Schädlinge wegen ihrer überholten Gerechtigkeitsgefühls. In einem Kampfe, der uns aufgezwungen ist nicht Gerechtigkeit der Rätesstab, sondern die Notwendigkeit. Bei Malern, Dichtern und Schriftstellern zeigt sich, dass sie immer zu Extremen neigen, so auch in der Politik. Solche Leute müssen unzweckmäßig gemacht werden, hier entscheidet nicht Gerechtigkeit, sondern politische Veruntreit. Es ist aber ein Irrtum anzunehmen, dass die Akademie der sozialistischen Bewegung nahe steht. Namentlich in Berlin stehen die Studenten durchaus zur Regierung. Die Regierungstruppen standen noch seit ihrer Ausgabe. Gegebenenfalls werden alle militärischen Mittel in Bewegung gesetzt, um Störungen auszuschalten. Soziale Sentimentalität werde ausgeschaltet, ebenso wie beim Vorzeichen im Ruhrgebiet.“

### Die Rechtssozialisten in Bayern fühlerlos.

Die „Vossische Zeitung“ lädt sich aus Augsburg u. a. schreiben:

Die Mehrheitspartei, die trotz der stratosphärischen Agitation der U.S.P. einen großen Mitgliederzuwachs haben soll, steht nun fast hilflos da. Niemand wird infolge seiner schweren Verwundung auf lange Zeit hinaus jeder Parteitätigkeit entzogen sein. Doch Simum ist, wie man hört, völlig zusammengebrochen und muhte vom Gewerkschaftskartell, dessen angestellter Vorsteher er war, pensioniert werden. Auch Rothaupter soll vollständig fertig sein. Weder andere Huber muhten München verlassen, um der drohenden Verhaftung zu entgehen. Der Schreiber Giese des Gewerkschaftskartells, der einige Zeit mit Mut, Geschick und Klugheit die Leitung der Parteigeschäfte übernommen hatte, hat ebenfalls die Nerven verloren und tritt jetzt für die Räterepublik ein.“

Der Zusammenbruch dürfte in der Hauptstadt auf den Mitgliederversammlung zurückzuführen sein. Die Rechtssozialisten sehen, dass ihre Politik zusammenbricht und ihnen die Massen entgleiten; nun geht's auch mit ihnen selbst zu Ende.

### Die Unterdrückung der „Republik“.

In den letzten Tagen ist auch die „Republik“ von dem Roste und seinem Lüttwitz unterdrückt worden. Genau so weißgardistisch wie die „Rote Fahne“: keine Mitteilung an Redaktion oder Verlag, geschweige denn Begegnung. Der Grund ist immerhin klar, dem, der die Ergebnisse des Weimarer Zirkels über den „intellektuellen Bochumer“ liest, die wir an anderer Stelle veröffentlichten.

In der gesamten Schule, Welle und Wissenschaft, mit der etwaigen Ausnahme der Berliner Volkszeitung und ebenfalls in „Vorwärts“ mag sich eine Stimmung über die also gehandhabte „Freiheitlichkeit“.

Der Roste hat wieder einmal gefiebt. Die Intellektuellen werden den „Vorwärts“ lesen und den Sieger preisen.

Die „Freiheit“ ihrerseits berichtet, dass auch gegen sie von Lüttwitz „Material gesammelt“ wird, um sie stumm zu machen — trotz lächerlicher Schwäche für die „reine sozialistische Regierung“.

Auch dazu schwiegt die „öffentliche Meinung“, die öffentliche Dirne der Weißgardisten ist.

### Sowohl, als auch.

Karl Rautenkranz in der „Freiheit“ über die Friedensverhandlungen:

„Aber allerdings, wenn die Vertreter Deutschlands jetzt einen Frieden unterzeichnen, der unvereinbar ist mit den Wilsonschen Grundsätzen, dann willst du das er-

zum lassen, daß Deutschland sich nicht dabei beruhigen kann. Sie müssen darauf hinweisen, daß man alles aufbietet wird, die der Selbstbestimmung der Völker widerstprechenden Bestimmungen baldmöglichst zu einer Revision zu bringen.“

Man kann aber auch nicht unterzeichnen, nämlich dann, wenn der Friedensvertrag Fortsetzungen enthält, „die von der demokratischen öffentlichen Meinung der Entente selbst als Verleugnungen der Wilsonschen Punkte anzusehen werden.“

Der „Vorwärts“ ist entzückt von diesem hilflosen Gedanke eines Mannes, der nicht weiß, was er will, und auch die „Freiheit“ scheint entzückt davon.

Der „Vorwärts“ behauptet — Rautschs Meinung sei keine eigene, und die Freiheit nimmt Rautsch sicherlich für sich in Anspruch.

Welche vorstellige Meinung, die Unterzeichner und Nichtunterzeichner, linke Kurs und rechten Kurs durch ein Siamontisches Sowohl-als-auch das vereint.

### Räterepublik-Ungarn.

#### Übertritt von Tschecho-Slowaken.

Aus Budapest meldet uns vom 25. April ein Privattelegramm:

Bei Ungar kamen zwei tschecho-slowakische Bataillone über die Demarkationslinie auf ungarisches Gebiet und erklärten, gegen die ungarische Rote Armee nicht kämpfen zu wollen; sie seien jedoch bereit, Kampfrecht mit dem ungarischen Proletariat für die Befreiung des Proletariats der Slowakei und Böhmen einzutreten. In Losonc habe ich eine Meldung des dort stationierenden Maschinengewehrregimentes empfunden, sie verweigerte den Gehorsam und sprangen den ganzen Munitionsvorrat in die Luft. In Egerkvar, wo für die wichtigsten strategischen Punkte bestimmten tschecho-slowakischen Reserven stationierten, beschlossen die Soldaten, teilweise abzurüsten, jene, welche über dreißig Jahre alt sind, nach ihrem Vaterlande zurückzuschicken. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung möge ein Teil zurückbleiben, jedoch nicht gegen ungarisches Proletariat kämpfen. Diese Meldung bedeutet den Anfang der Auflösung der imperialistischen tschechischen Armee. Sie beweist ferner ganz klar, daß in der Slowakei die Revolution bevorsteht. Die größte Hemmstätigkeit Standrecht, Galgen, strengste Befehle, hermetische Grenzsperrung und all jene Verbrennen, welche im Namen der tschecho-slowakischen Republik in der Slowakei verübt worden sind, waren die letzten Waffen der imperialistischen und kapitalistischen Regierung.

### Der amerikanisch-japanische Gegenschlag im Stillen Ozean.

Til. Amsterdam, 25. April. Was Paris wird gemeldet:

„Liberts“ berichtet, daß infolge der Schärfe in China und Korea zwischen Amerikanern und Japanern die Vereinigten Staaten 10000 Mann mobilisierten, um die Garnisonen im Großen Ozean zu verstärken.

Der amerikanisch-japanische Gegenschlag am die Randländer des Stillen Ozeans verschärfte sich zusehends. Vor einigen Wochen legte ein japanischer Delegierter zum Friedenskongress im „Temp“ in aller Form Protest ein gegen die Aufnahme der Montoedottrin in den Völkerbundervertrag, der den Vereinigten Staaten das Recht gibt, sich in Europa und Asien einzumischen, während es allen andern Mächten verbietet, auf dem amerikanischen Kontinent einzutreten.

Der „Völkerbund“ ist noch nicht einmal auf dem Papier fertig, und schon reißen ihn die aufsteigenden imperialistischen Gegensätze zwischen zweien der jüngsten Hauptmächte in Beben, schon steigt ein neuer imperialistischer Konflikt über dem Stillen Ozean empor.

### Vom Kriegsschauplatz — Noskes.

#### Verhaftungen und Belagerungszustand

Berlin, 25. April. (W. T. B.) Der „Vorwärts“ (1) meldet aus Duisburg: Eine Versammlung der Kommunisten hat erneute Gewaltmaßnahmen beschlossen. Darausin wurden 13 kommunistische Sünder festgesetzt. Auch andere Meldungen deuten auf nahe bevorstehende Aussicht hin. Keiner Duisburg-Dorf ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Gleiwitz, 25. April. (W. T. B.) Bei einem Zusammenstoß zwischen einer Volksmenge, die sich vor einem Konfessionsgräfci zusammengerottet hatte und Patrouillen der Volkswacht wurde ein Mann getötet, zwei wurden verwundet. Gegen Abend wiederholten sich die Zusammenrottungen und Schiebereien an verschiedenen Stellen der Stadt. Wie verlautet, sind hierbei wiederum sieben Personen getötet, mehrere verletzt worden. Der verschärft Belagerungszustand wurde über Gleiwitz verhängt.

### Militärdiktatur in Düsseldorf.

Düsseldorf, 25. April. (W. T. B.) Eine amtliche Mitteilung der 2. Landesschützenbrigade Düsseldorf betreffend die vorübergehende Säuberung der Düsseldorfer Bahnhöfe besagt: Am Sonntag ist bei der Militärbehörde Düsseldorf von mehreren Seiten die Nacht eingegangen, daß von den Kommunisten in der Nacht zum 25. April Tüpfel und Angriffe auf die Polizei- und Zolltruppen, besonders auf die öffentlichen Verkehrsanlagen, wie Bahnhöfe, Telegraphen- und Fernsprechstellen geplant seien. Um Mitternacht des gesamten Bevölkerung und der Ruhe und Ordnung innerhalb der Stadt wurden daher die nötigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Der Eisenbahnmarsch auf dem Haupt-

bahnhof und auf dem Bahnhof Bill und Düsseldorf wurde ab 8 Uhr abends geübt werden. Anfolge dieses rauhen Einmarsches der Militärbehörde ist die Ruhe nicht gestört worden. Der Verkehr auf dem Hauptbahnhof ist heute früh ab 8 Uhr wieder freigegeben, jedoch blieben die öffentlichen Verkehrsanlagen vorläufig militärisch besetzt.

Hamburg, 25. April. (W. T. B.) Dem „Hamburger Echo“ zufolge wurden bisher sechs Plünderer, die mit der Waffe in der Hand gegen die Sicherheitstruppen kämpften, standrechtlich erschossen.

### Aus der Internationale.

#### Ein Protest des Kaislerowitsch gegen den serbischen Ministerpräsidenten.

Genosse Kaislerowitsch gehört zu denjenigen, die vom Beginn des Weltkrieges ab den heftigsten Kampf gegen den Krieg geführt haben. Mit den übrigen serbischen Genossen im Parlament, ist er den heftigsten Befreiungen ausgesetzt gewesen und noch ausgetreten. Er verzichtete im „Pacuwa“ folgende Kundgebung gegen die Beschlüsse des Landesvertrags, die ja schließlich, der serbische Ministerpräsident, gegen ihn erhoben war. Kaislerowitsch lebt:

Infolge der Interpellation des Herrn Solka Brodowski, der anfragte, warum die Regierung mir nicht ermächtigte, mich an den Sitz des serbischen Parlaments zu begehen, bat Herr Nikolaus Bojadjitsch Ministerpräsident Serbiens, in der Sitzung vom 30. März 1918 geantwortet: Herr Dr. Dr. Kaislerowitsch hat sich in den Dienst des Feindes begeben. Er hat sich schuldig gemacht des Einverständnisses mit dem Feind. Die Regierung hat daher nicht stattgegeben, für einen Abgeordneten dieser Art die Verantwortung zu übernehmen. Es gibt Beweise in dieser Sache. Wenn eines Tages diese Angelegenheit zur Aburteilung kommt, so werde er diese Beweise liefern. Es steht darin, daß die Förderung der Aufhebung der Immunität erobert werde.

Ich habe das erst am 28. Mai erfahren, als ich die serbische Amtszeitung las. Ich muß gestehen, daß ich bestürzt war. Zwar habe ich niemals die serbischen Minister und ihren Präsidenten, Herrn Nikolaus Bojadjitsch, für gewissenhafte Leute in Bezug auf Moral und Politik betrachtet. Ich habe immer gewußt, daß sie in ihrem Kampfe gegen ihre politischen Gegner in den Mitteln nicht wahrlich sind, aber ich habe niemals angeben können, daß die gegenwärtige Gesellschaft in ihrer Rache und in ihrer Verderbnis so weit geht. Zu dieser Unzulänglichkeit habe ich sofort unter dem Datum des 28. Mai folgende Antwort abgegeben:

Sie bildete Abgeordnetenkammer, Rotitz. Ich sitzte hier die Marie von Reichsamt, die eben eingesetzt sind. Der Ministerpräsident, indem er gegen mich als Abgeordneten die schwerste Anklage richtet, hat in jenseit ich verstecken kann, das schwere Verbrechen nach rechtlichen, moralischen und politischen Begriffen begangen. Ich bin Abgeordneter, infolgedessen steht nicht nur mein eigenes, sondern auch das Interesse des serbischen Parlaments auf dem Spiel. Ich glaube, daß diese Angelegenheit selbst die Ehre und das gemeinsame Interesse unseres Landes berührt. Sie ist von enormer Bedeutung. Insoweit ist es außerordentlich dringend, die Wahrheit herauszufinden. Was der Ministerpräsident gesagt hat, ist es wahr oder ist es eine Lüge, eine Verirrung, eine fehlende politische Motivation, die man kennt? Aber ich empfinde das Bedürfnis, unmittelbar der Abgeordnetenkammer und dadurch der ganzen Welt aufzuhören zu sagen: Was der Ministerpräsident gegen mich gesagt hat, ist eine niedrige und schamlose Lüge. Das ist alles, was ich zu meiner Verteidigung sage und sagen werde. Da der Präsident erklärt hat, daß er Gewissheit besteht, daß ich dem Feind gedient und mich des Einverständnisses mit ihm schuldig gemacht habe, so kann die Sache in einigen Minuten geregelt werden. Die Kammer hat ihm nur zu sagen: Herr Ministerpräsident, lieber Sie Gewissheit. Es ist die dringende Pflicht der Kammer, sofort folgendes zu tun: Erstens: mein Recht als Abgeordneter, das durch die Verfassung garantiert ist, zu schützen. Indem sie so handelt, schützt sie sich selbst gegen die Willkür der Regierung. Sie hat mir nur die nötigen Möglichkeiten zu geben, damit ich mich in Parlament begeben kann, was sie vorgesehen hat zu tun. Zweitens: danach zu bestimmen, daß ich meinen Blas unter den Abgeordneten wieder eintrete. Wenn die Kammer zu ihrem Schaden und nicht zu meinem es auch diesmal unterläßt, in einer so ernsten Sache wie Blas zu tun, das heißt, wenn sie nicht die Verfassung und dadurch das Recht des Abgeordneten geschützen will, wenn sie sich mit diesem willkürlichen und unmoralischen Verfahren der Regierung identifiziert, so verlange ich und willste ich darin ein, daß selbst in diesem Falle die Kammer, so wie sie ist, über die Unzulänglichkeit in meiner Abwesenheit und unmittelbar Schluß fahrt — entgegen den elementarischen Rechtsbegriffen. Wenn die Kammer keine Entscheidung fällt auf meine Rechte und meine moralischen Forderungen, so wird man sich das für die Zukunft merken. Ich verlasse категорisch, daß die Kammer darüber eine Erklärung abgibt. Ich bitte, diesen Brief vollständig vor der Kammer zu verlesen und ihn in den amtlichen Rensevierblichen Sitzungsbericht aufzunehmen zu lassen.“

Im letzten Tage habe ich an den Abgeordneten Solka Brodowski folgendes Teilelement gerichtet:

Ich erkläre Ihnen nur Ihre Interpellation. Danke. Sie vertheidigen eine ehrenhafte Sache und einen ehrlichen Mann. Der Ministerpräsident, ein notorischer Lügner, verleumdet gewöhnlich. Ich protestiere. Ich bin bereit, vor einem Gerichtshof zu erscheinen. Lassen Sie dieses vor der Kammer verlesen.

Ich bitte noch eins dazu: Wie jetzt hat der Ministerpräsident auf die genannte Interpellation nicht geantwortet und hat keine Beweise vorgelegt. Die Kammer hat sich mit dieser Angelegenheit nicht beschäftigt. Die Regierung hat die Zustellung der Sache nicht verhindert. Der weckende Zweck der Regierung ist es, dass sie, mit dem Schamlosen und mit dem Feindlichen, den Parlament zurückzutreiben. Es scheint, daß meine Rücksicht ein wenig Kraft mache, und es ist mir dies gelungen durch den Ministerpräsident der Kammer selbst. Für den Abwesenheit lasse ich die Sache dabei beruhigen. Ich entschuldige mich nicht, da ich nicht schuldig bin. Mein Gewissen ist rein, ich kann jedem im Lande in die Augen sehen, ohne zu erröten. Ich bin selbst damit einverstanden, daß diese Angelegenheit in meiner Abwesenheit verhandelt wird. Ich verteidige mich nicht, ich klage an, meine Tugend wird eines Tages kommen. Sie wird lange sein, ebenso wie es die verhängnisvolle Politik dieser verlumdberten Regierung. Sie wird so lange sein wie die Zeit, das Unglück und die Reihen von Gräbern unseres unglücklichen Volkes.

Kopenhagen, 2. Juni 1918.

Dr. Dr. Kaislerowitsch,  
Abgeordneter der serbischen Kammer.

### Transkontinzen.

Dresden, 23. April. (Privattelegramm.) Die bemerkenswertesten Vorgänge in Transkontinenten bilden ein typisches Beispiel für das Verfahren der Verbündeten in Russland. Die Engländer wurden von Sozialrevolutionären

und Menschewik nach Baku gerufen. Sie erklärten, sie wären gekommen, um Baku vor türkischen Banden zu retten, und daß sie sich um innere Angelegenheiten nicht im geringsten kümmern würden. Die Engländer sind noch immer in Baku. Sie unterstützen die reaktionäre Regierung, die größtenteils aus Schwerverbrechern besteht. Sie haben die Bevölkerung aus den besten Häusern vertrieben, um dort ihre Soldaten unterzubringen.

Die vom Sowjet geschlossenen Freudenhäuser wurden von ihnen wieder geöffnet. Sie haben die Freiheit angekündigt, doch darf kein Armei selbst des Kadetten- und Monarchistenblods ohne die Genehmigung des englischen Stabes erscheinen. Die einzigen, die es gibt, zeugen von blutiger Unterordnung. Die beiden sogenannten Sozialisten, die die Engländer herbeiziehen, bereuen ihren Schritt zu spät. Die letzten Hochburgen des Menschewismus unter den Arbeitern fallen eine nach der anderen. Die Fabrik von Graltschawin in Moskau, die zu Beginn der Revolution antirevolutionärer Propaganda beichuldet wurde, hielt eine allgemeine Versammlung der Arbeiter ab, welche beschloß, die Sowjetmacht als einzige gesetzliche Gewalt anzuerkennen.

### Enziles.

#### Wo bleibt der Zucker?

Die Bevölkerung wird durch amtliche Bekanntmachung auf eine weitere Verminderung der rationierten Zuckermenge vorbereitet. In den Bekanntmachungen heißt es: Nach Mitteilung der Reichszuckerfaktorei und des Preußischen Landeszuckeramtes ist mit einer Zunahme des Einzugs zu rechnen.

Es wird sogar eine Herabsetzung der Zuckerkopfstration in den nächsten Monaten in Frage kommen. Den Haushaltungen muss deshalb schon jetzt sparhafter Verbrauch des Zuckers dringend empfohlen werden.

In Wirklichkeit gibt es Zucker genug, wenn man tief in den Beutel greifen kann und will. Daß die ärmere Bevölkerung noch mehr als bisher entbehren soll, kann sie der Regierung Ebert-Scheidemann-Schmidt verdanken. Diese sorgte dafür, daß der Schlechthandel nun läppiger denn je blüht und sich freier austoben darf als früher. Unter der „sozialistischen“ Regierung hat sich die Schärfung der Bevölkerung in Geschlechte und Dorfbewohner noch verschärft. Was den Besitzlosen nun an Lebensmitteln noch weiter entzogen wird, erscheint ihnen die Nase durch Maschinengewehrfeuer und Handgranaten.

#### Rückgang der Fleischbestände.

Obwohl der Verbrauch an Fleisch — für die auf Nationen angewiesene Bevölkerung — auf etwa ein Sechstel des Konsums im Frieden eingeschränkt worden ist, haben sich die Fleischbestände in Preußen ganz erheblich vermindernt. Es wurden zum Beispiel gezählt: im Dezember 1914 12.7 Millionen Stück Rindvieh, und Dezember 1918 nicht mehr 10 Millionen Stück. Die Zahl der exmilitierten Schweine sank von 18 Millionen Stück im Juni 1914 auf 6.9 Millionen Stück Anfang 1919. Die Bestände an Rindvieh ergaben 1914 rund 53 Millionen Stück, jetzt nicht ganz 32 Millionen Stück.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Gewicht des Rindviehs und der Schweine, ferner auch die Qualität des Fleisches sehr stark zurückgegangen ist. Die auf die schmale Rost der Fleischmarken gezwungen Bevölkerungsschichten werden sich fragen: wo mag denn das Fleisch gebliickt sein? Auf dem Wege des Schlechthandels wanderte es in die Küchen der Wohlhabenden, die jetzt am lautesten nach Rosinenkuchen schreien, wenn der Hunger arme Teufel rebellisch macht. Der Schlechthandel blüht weiter, er wird dafür sorgen, daß auch in Zukunft die Bourgeoisie nicht Not leidet, dafür jedoch das Fleisch immer mehr vom Tische des Proletariers verschwindet.

### Aus Groß-Berlin.

#### Die letzten Sechs.

Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I standen die letzten sechs Angeklagten aus den Kämpfen um den „Vorwärts“. Alle Sechs bestreiten die Teilnahme an den Kämpfen. Klammel war Kuriere zwischen „Vorwärts“ und „Moskau“, Wiegeland zwei Stunden Posten, Scheffmeier war an der Einzugslandstraße tätig. Heß wurde als Massenreparatur verwandt und Kutz und Maßow galten als Reaktionäre. Als Zeuge wurde der Vorwärtsredakteur Kuttner vernommen. Der Schlußbericht der Einzugslandstraße zum Besuch gab: Er hielt es auf die Freiheit des Verleihers nicht für wünschenswert, daß die Bevölkerung am Gebäude vom Regierungstrupp vertrieben blieben.

Obwohl in der Beweisaufnahme eine Mitwirkung am Kampfe den Angeklagten nicht nahtlosgewesen war, konnte der Staatsanwalt 6 bis 10 Monate Gefängnis. — Das Gericht verurteilte Klammel zu neun Monaten, Schlemme und Maßow zu acht Monaten, Scheffmeier, Wiegeland und Kutz zu sieben Monaten Gefängnis. Die erlittene Untersuchungshaft wurde angerechnet und die Angeklagten aus der Haft entlassen.

#### Dom künstlichen Verkehrslebens.

Im Auftrag des Verbandsausschusses Groß-Berlin hat Professor Giese eine umfassende Denkschrift herausgegeben, die einen praktischen Vorschlag über die zukünftige Gestaltung des Schnellbahnsystems von Groß-Berlin enthält. Giese hat dabei demokratische Untersuchungen über Bevölkerungsdichte, Platzfrage, Zugfrequenz, Verhältnis, Anlagezeitpunkt usw. angeführt und die Ergebnisse bei seinem Vorschlag berücksichtigt. Die Denkschrift ist mit erläuternden graphischen Darstellungen und Abbildungen ausgestattet.

Dem Plan liegen sieben große Straßen zu Grunde, die sich en das entstehende Hoch- und Untergrundabwasser anlegen.

Wegen der bisjetzt gebauten 37,5 Kilometer langen Strecke und der 19,2 Kilometer im Bau befindlichen, sind noch 117,7 Kilometer neue Strecken geplant, die allein 773 Millionen Mark Baukosten verursachen werden. Für die zwischen den Schnellbahnen liegenden Lufthafenbahn schlägt Prof. Eich noch Schnellstrassenbahnen vor, um günstigen Anschluss herzustellen. Schließlich werden einfache Betriebsführung, einheitliche Tarife, Einführung einer Einheitsklasse und neuzeitliche Einrichtung der Umsteigekanzäle vorgeschlagen.

### Die Hochdruck 1918.

Bei der Hoch- und Untergrundbahn ist im Jahre 1918 eine starke Verkehrssituation eingetreten, die sich, da der Wagenumlauf nicht erhöht wurde, unangenehm bemerkbar macht. In den verkehrstreichen Stunden waren die Wagen häufig überfüllt, ein Zustand, der noch heute anhält. Nach dem soeben veröffentlichten Geschäftsjahresbericht sind 113 Millionen Fahrgäste gegen 108,4 Millionen 1917 befördert worden. Der größte Tagesverkehr belief sich auf 459 564 Personen, der geringste auf 13 642. Durchschnittlich wurden täglich 309 457 Fahrgäste befördert.

Die Durchschnittszahlnahme auf einen Fahrgast beträgt 17,55 Pfennige; vor der Tarifreform 13,70, danach 19,22 Pfennige. Die höchste Tageszählnahme betrug 88 093 TL, die geringste 31 445 und die durchschnittliche 54 803 Mark. Der Ueberfuß beträgt, nachdem eine halbe Million aus die Lüften der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft abgeschrieben wurden, noch 4 050 301 Mark. Das ist ein Riesengewinn, der zunächst zur Befriedigung der Verkehrsschwierigkeiten verwendet werden kann. Aber die Aktiengesellschaften unter sich 5% Prozent (im Vorjahr 3½ Prozent) dividieren.

### Die Einwohnerwehr.

Die Gegenrevolutionäre machen alle Anstrengungen, um die Einwohnerwehr aufzuladen zu bringen. Natürlich werden die Bürger, die nicht freiwillig eintreten, geworben. In Friedeben hat die Einwohnerwehr die Wahl, wie der dortige „Engesser“ mitteilt, alle Häuser zu kennzeichnen, aus denen kein Bewohner der Einwohnerwehr bestreitet ist. Damit werden die Dauert dem Wüsten der Rostgardisten direkt preisgegeben. Und diese Leute setzen noch über Terror.

### Berlin unter der Knute.

Wie der Presse mitgeteilt wird, ist die von einer Nachrichtenstelle verbreitete Mitteilung, daß die Aushebung des Belagerungszustandes in Berlin schon mit Rücksicht auf die Massenfeier beabsichtigt sei, ungutstellend. Sowohl soll die Massenfeier nicht befeindet werden, der Belagerungszustand aber wird weiterhin aufrecht erhalten. Gegen etwaige Erörterungen der Ruhe und Ordnung am 1. Mai sind entsprechende Vorfahrungen getroffen.

### Gastwirtschaften am 1. Mai geschlossen.

Die Vertretermänner aller gastronomischen Betriebe Groß-Berlins haben beschlossen, den ersten Mai zu feiern und alle Betriebe geschlossen zu halten.

## Sächsisches.

### Das Ultimatum der Leipziger Arbeiter.

Die Verhältnisse spitzten sich täglich mehr zu. Noske rief den Zustand seiner Generalbefehligen. Er muß ihnen neue Gewalt erlauben, in denen sie mit ihren Garden ehrliches Protestieren führen könnten.

In Mitteldeutschland, dem Jagdrevier Märtlers, gäbe es nach der Elbmarsch Braunschweigs zunächst keine Vorbeeten mehr zu ernten. Deshalb muß neues Feld zur Erziehung vorbereitet werden — Sachsen. Und die Gränaute und Reuring baten, ihrem Vorher Noske die Hand dazu. Sie waren schon vor der Lynchjustiz an Reuring bereit, die sächsischen revolutionären Kämpfer den Mordgästen der Weißen Garde anzuliefern. Der Entwurf zur Verhängung des Belagerungszustandes war schon fertig und Friedhof provozierte in seiner Vollstammtreue: ... und — die Geschichte der beiden Handgranaten ist noch immer nicht klar gestellt — ob nicht auch die Kriegsverletzten provoziert werden sollten, um wohlseiten Anlaß zur Gewaltprobe in Sachsen zu haben.

In seinem anhenden Orte Sachsen war freilich ein Vorboten, das Handhabe hätten könnte, über ganz Sachsen den Belagerungszustand zu verordnen. Man führt sich stur und willigte die geringen Errungenheiten der Revolution noch völlig bei. Besonders die Leipziger Arbeitnehmer wurden gereizt. Obwohl der große Arbeiterrat erklärte ließ, daß der Belagerungszustand nicht besteht, schickte die Dresden Regierung zweimal das Verbot der „Roten Fahne“ unter Hinweis auf den Belagerungszustand. Die Arbeitnehmer laufen sich die Gewalttheit nicht gefallen. Im Leipzig und Chemnitzer Revier besteht der Belagerungszustand tatsächlich nicht. Die Regierung fühlt sich obrigkeitlich, sie ruft nach Noske und seinen Henkern, die auf neue Opfer laufen. Noske erklärt vor Reichs wegen über den „Freistaat“ Sachsen den proklamierten Belagerungszustand.

Eine solche unechte Unterdrückung kann sich das sächsische Volk, kann für die sächsische Arbeiterschaft nicht gefallen lassen. Es muß einmalig auftreten, wie ein Mann sich erheben gegen die Absicht, auch in Sachsen ohne Grund Blutzähler angurteilen, die Arbeiterräte zu verladen, die Arbeitersprecher zu knebeln, die Arbeitnehmer zu meucheln, das Bürgertum zu bewaffnen und zugleich das Proletariat mehr als den alten Gewaltabarten preiszugeben. Und die Arbeiterschaft wird sich wehren, das ist gerichtet, selbst wenn es militärisch der Noskegarde nicht gewachsen ist. Dann aber ist mit „Ruhe und Ordnung“ für immer dahin. Mag auch ein „Gieg“ Märtlers die Blutherrschaft Noskes in Sachsen errichten. Sie kann ihr Gewaltregiment nur so lange halten, bis die Arbeiterschaft gegen und geschlossen die Macht ergreift und die Räterepublik aufstellt.

In dieser Zuversicht nimmt die sächsische Arbeiterschaft den Kampf auf. Der Große Arbeiterrat Leipzig hat bereits sein Ultimatum an die Regierung gesetzt. Es lautet:

„Wenn bis Sonntag die sächsische Regierung den Belagerungszustand nicht aufgehoben hat, und nicht dafür Sorge getragen hat, daß die Oberschlesiermann den ihrerseits verhängten Belagerungszustand wieder aufheben, so nimmt der Leipziger Arbeiterrat seine Garantieleistung für den ungehinderten Verlauf der Leipziger Engrosmesse zurück, so daß das Schloss dieser Meile vollständig ungerichtet steht wird.“

Nun heißt's aber auch schnell rüsten und Berufsumsatz nachholen, um den Arbeitern der Revolution einen würdigen Empfang zu bereiten, falls sie kommen sollten.

Aus Dresden wird dem „Leipziger Tageblatt“ gemeldet, daß die Regierung die Leipziger Drobung zwingt hinnehmen. Im übrigen sei gegen die Leipziger Machthaber das gerichtliche Verfahren eingeleitet.

Auch das noch! — Die revolutionäre Regierung ruft gegenrevolutionäre Gerichte an! Hört an.

Wege des Streiks der Straßenbahner fanden am Freitagabend Verhandlungen statt, die zu Verschlägen führten, denen die Vertreter der Straßenbahner ihre Zustimmung gaben. Heute sollen die Verschläge von den Betriebsleuten und am Nachmittag von den Streitenden selbst besprochen werden. Sollten die Straßenbahner die Verschläge annehmen, so ist mit der Wiederaufnahme des Betriebs spätestens Montag zu rechnen. Wie weit von Fortsetzung der Streitenden Bedeutung getragen wird, ist uns zur Stunde nicht bekannt.

Die „Freie Presse“ für Sachsen. Das Reptil der Regierungssocialisten Leipzig gelingt in ihrer Freitagnummer gegen Unabhängige und Kommunisten, weil sie sich dem Willen Grabauer nicht statten und nun nicht einmal vor der Drohung mit Noske angstvoll in die Knie sinken. Es schreibt zum Schluß: „Die Sprache der „Roten Fahne“ kann nicht mehr überboten werden. Das würde sich aber das Kommunistenblatt sicher leisten, wenn es das Vermögen dazu hätte, weil — sonst die Leipziger Volkszeitung alle Lage den Spiegel der Auflösung der Massen erreicht.“ Ist es aber nicht die unabdingliche Pflicht der Regierung, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um den Gefahren zu weichen, die die Treibcreme der Unabhängigen und Spartakisten für unsere ganze Zukunft in sich bergen? Alle ihr zu Gebote stehenden Mittel werden die gegenrevolutionäre Regierung nicht vor ihrem Untergang retten. Werdet sie Gewalt auch gegen Leipzig an, so wird sie um so früher ihr geschickliches Schild erreich.

Das Grenzlägerbataillon verläßt heute Leipzig, um in Zeitnahmen zu exercieren. Soll es etwa für alte Noskegarden Platz machen?

Veranstaltungen der sozialistischen Jugend. Sonntag, 28. April, mittags 9 Uhr, Beisitzjugendkonferenz im Volkshaus. Alle Jugendvereine werden aufgefordert, je eines Delegierten zu senden.

Dienstag, den 28. April, abends 6 bis 8 Uhr, Abholung der Flugblätter für die Kaderansammlung im Jugendheim Lößnitzstraße.

Donnerstag, den 1. Mai, vom 11 Uhr, Jugendversammlung auf dem Königsplatz. Die Ortsgruppen werden erlaucht, besitztweise nach dem Königsplatz zu kommen.

Alt-Leipzig. Sonntag, abends 6 Uhr, Generalversammlung. Dienstag, abends 8 Uhr, Vortrag Sonnabend, den 10. Mai, Stiftungssekt im Gelehrtencafé des Volkshauses. — Bindenau-Magdeburg-Schleizia. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, Generalversammlung im Jugendheim. Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend. — L.-Süd. Die Konfirmandenfeier findet wegen Lokalchwierigkeiten erst am Sonnabend, den 3. Mai, statt. Sonntag: Spielen. Mittwoch, abends 8 Uhr, Vortrag: Jugend und Mai. — L.-Süd. Sonntag, abends 6 Uhr, Zusammensetzung im Jugendheim. Donnerstag, abends 6 Uhr, Vortrag: Jugend und Mai. — L.-Süd. Sonntag: Losauslösung. — Zwickau: 17 Uhr von der Weinbaustraße. — Wahren: Sonnabend: Konfirmandenfeier. Mittwoch, abends 8 Uhr, Vortrag: Jugend und Mai. — Gaußsch. Sonntag, abends 6 Uhr, Fischersiedlung. Mittwoch, abends 4½ Uhr, Vortrag: Jugend und Mai.

Alle Jugendvereine, die ihre Wocheveranstaltungen in der „Roten Fahne“ veröffentlichen wollen, werden aufgefordert, ihre Veranstaltungen bis Donnerstagabend beim Genossen Erich Schumann, Leipziger Lindenau, Bahnhofstraße 12, II, einzurichten.

Oelsch.-Gaußsch. Eine gut besuchte Arbeitslosenversammlung tagte am Donnerstag im Gasthof „Zur Linde“ Oelsch., in der Genosse Neumann über die Reichsregierung gegen die Arbeitslosen sprach. In der Diskussion sprach Genosse Marxer. Gaußsch. über örtliche wirtschaftliche Verhältnisse, besonders hervorzuheben er die großzügige Politik der bürgerlich-rechtssozialistischen Gemeinderatsvertreter, mochte selbst einige Vertreter der U. S. S. R. diesen Herren den Rücken kehren. Die Versammlung protestierte gegen das Vorhaben, die geringe Arbeitslosenunterstützung als „Einkommen“ zu betrachten und mit Steuern zu beladen. Man erklärte sich mit den Arbeitslosen Leipzigs solidarisch und schloß sich deren Forderung um sofortige Unterstützungsabnahme an. Daß die Gemeinde Oelsch.-Marieberg 12 Hilfschule seit Beendigung des Generalstreiks beschäftigt, die pro Woche 36 beginnend 18 Stunden Dienst tun, pro Stunde 50 Pf. erhalten, außerdem die soziale Gewerbeleiterunterstützung erhielt die Versammlungen. Sie forderten die Kommission außerordentlich beider Gemeindereichstand vorstellig zu werden, damit bis spätestens den 1. Mai diesem geschicklich ungültigen Zustand ein Ende gemacht wird. Sollte die Gemeindevertretung darauf nicht eingehen, so ist die Kommission beauftragt, die Angelegenheit auf besondere Weise dem Reichswirtschaftsamt zu übermitteln. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Gaußsch., wo 10 Hilfschule auch zum größten Teil aus Mitteln der Gewerbeleiterunterstützung erhalten werden. Gaußsch. wandten sich die Zuwendungen gegen das Zun und Zorden der Noskegarden und den damit verbündeten Werbeschloss. Als Delegierte zur Bezirkskonferenz werden die Genossen Löffler-Oelsch. und Jansen-Gaußsch. gewählt.

## Bereinskalender der R. P. D.

(Spartakusbund).

### Ortsgruppe Leipzig:

Oster: Montag, den 28. April, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Hofhof „Zum goldenen Schiffchen“, Hildegardstraße.

Besonderheit für die Webstühle: Genosse Schumann, Leipzig.

Druck: Buchdrucker, Berlin.

Bindung: Ein Foto (Foto: E. & S. Berlin).

## K.P.D. Bezirk Leipzig

In der Schriftenvertriebsstelle, L-Reudnitz, Stötteritzer Str. 4, sind noch zu haben:

Fr. Sturm, D. bolschewistische Ruhland	0.30 Mk.
Lenin, Staat und Revolution	3.00
Trotski, Arbeit, Disziplin und Ordnung	0.75
Stenlow, Wer sind die Kommunisten	0.50
Die Verfassung der Sowjet-Republik	0.80
Die Wahrheit über die Bolschewiki	0.15
Was will der Spartakusbund	0.20
Kropotkin, Der Wohlstand für Alle	0.15
Gorter, Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie	1.00
Gorter, Die Weltrevolution	1.00
Gründer, Letzte Phase d. proletarischen Revolution	0.10
Stürmer, Die Lage und die nächsten Aufgaben d. deutsch. Proletariats	0.20
Lauferberg, Karl Liebknecht zum Gedächtnis	0.30
Hölein, Der Sozialismus, ein unerinnbarbares Schicksal	0.40
Reinhard, Michel wach auf	0.40
Eisner, Unterdrückte	2.50
Eisner, Neue Zeit I	2.00
Eisner, Neue Zeit II	1.50
Rühle, Erziehung zum Sozialismus	1.20
Der Ziegelbrenner, Eine Rede und deren Folgen	0.80
Was scheide ich von den Unabhängigen	0.10
Sternheim, Die deutsche Revolution	0.80
Piemont, Bis zum August 1914	1.00
Mehring, Kriegsanekdoten	1.00
Die Aktiven, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis	1.00
Die Aktiven, Mehring-Nummer	0.80
Kreiser, Geotie (Anti-Syndikat)	0.30
Die Guillotine, Satyrische Zeitschrift	0.25

## Die Rote Fahne

erscheint täglich mittags 2 Uhr und ist in folgenden Betriebsstellen zu kaufen und zu abonnieren:

L-Reudnitz: Stötteritzer Straße 4, Eingang Neitzenbauer Straße.

L-Reudnitz: Stötteritzer Straße 1, Lutherstraße.

L-Reudnitz: Ulrike, Klara, Hildegardstraße 34, L.

L-Auer: Planitz, Sellerhäuser Straße 1,

Leutzsch: Köhler, Paulinienstraße 2.

Leipzig-Zentrum: Hammerstein, Sibonistraße 28, II. II., Schreiber, Bräutstraße 22, II. L.

Leipzig-Zentrum: Reiß, Käthe, Kochstraße 57.

Leipzig-Zentrum: Böckel, Eulenspiegel, Waldstraße 31, II.

Leipzig-Zentrum: Pluto, Promenadenstraße 27, I.

Leipzig-Zentrum: Drechsler, Laubegasse 24, II. 2.

Leipzig-Zentrum: Engelmann, Bürgerstraße 8, III. 5.

Leipzig-Zentrum: Restaurant Tschioll, Windmühlenstraße 14/16.

Leipzig-Zentrum: Kirchhoff, Regnitzstraße 11, II. 2.

Leipzig-Zentrum: Schröder, Wilhelmstraße 13, II. 2.

Leipzig-Zentrum: Schröder, Südtiroler Straße 2.

Leipzig-Zentrum: Knautschke, Straße, Schmetterstraße 31.

Leipzig-Zentrum: Ederitz, Kurt, Knautbauer Straße 37.

Leipzig-Zentrum: Kleinbacher, Gebhardt, Bahnhofstraße

Leipzig-Zentrum: Czernowitz, Sibyllenstraße 24.

Leipzig-Zentrum: Maierbad, Holzstraße 21, III. L.

Leipzig-Zentrum: Engelmann, Lindenauer Straße 20.

(Bitte deutlich schreiben, genau ausfüllen.)

## DIE ROTE FAHNE

Zentralorgan der K. P. D. (Spartakusbund)

Name: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_

(Bitte deutlich schreiben, genau ausfüllen.)

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

ab Exemplar der täglich einmal erscheinenden

Zeitung